

Bern, 23. November 2012

Medienmitteilung

Abgeltungssteuerabkommen als Spielball des Deutschen Wahlkampfes

FDP.Die Liberalen bedauert den Entscheid des Deutschen Bundesrates

Die Abgeltungssteuerabkommen wurden 2009 von FDP.Die Liberalen im Rahmen der Weissgeldstrategie lanciert. Jenes mit Deutschland wurde heute vom Deutschen Bundesrat abgelehnt. Die FDP bedauert diese Entscheidung der deutschen Länderkammer und zählt nun auf die Vernunft der Beteiligten im Vermittlungsausschuss. Das wichtige Abkommen würde allen Seiten Vorteile bringen. Es sollte nicht zum Spielball des deutschen Wahlkampfes werden.

FDP.Die Liberalen bedauert die klare Ablehnung des Abgeltungssteuerabkommens im Deutschen Bundesrat durch die dortige linke Mehrheit. Das Abkommen war im Deutschen Bundestag klar akzeptiert. Es ist zudem das einzige Mittel, damit nicht jedes Jahr Milliarden Euro in die Verjährung entlassen werden – allein für 2013 wird der Betrag auf 1,5 Mia. Euro Steuerausfälle geschätzt. Trotzdem nutzten die linken Parteien ihre Bundesratsmehrheit, um einen wahlkampfaktischen Coup zu landen. Damit schaden sie dem Steuerzahler und sich selber, denn die durch das Abkommen zu erzielenden Einnahmen gehen insbesondere den Ländern und Gemeinden verloren.

Die FDP schreibt das Abkommen nicht ab. Vielmehr setzt die FDP darauf, dass im Vermittlungsausschuss zwischen Deutschem Bundestag und Deutschem Bundesrat eine Übereinkunft getroffen werden kann. Die Forderungen der deutschen Linken bezüglich Nachverhandlungen, insbesondere in Bezug auf den Automatischen Informationsaustausch lehnt die FDP ab. Der Schweizer Bundesrat soll hier die bisherige Strategie weiterverfolgen, mit weiteren Staaten analoge Abkommen abzuschliessen. Mit einer Resolution hat die Delegiertenversammlung der FDP Ende Oktober ihre Haltung diesbezüglich unterstrichen.

Die seit 2009 verfolgte Weissgeldstrategie der *FDP.Die Liberalen* ist Grundlage für einen starken und sauberen Finanzplatz. Abgeltungssteuerabkommen sind ein zentrales Element dieser Strategie, um Rechtssicherheit zu schaffen und die Privatsphäre der Schweizer Bürgerinnen und Bürger weiterhin zu sichern. Die bereits ratifizierten Abkommen mit dem Vereinigten Königreich und Österreich zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte:

• Philipp Müller, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 330 20 79

• Gabi Huber, Fraktionspräsidentin, 076 331 86 88

• Stefan Brupbacher, Generalsekretär, 079 789 13 81